

**Das Streben nach Sicherheit als Gefahr für die Freiheit**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 96 vom 24. April 2020

## I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 96 vom 24. April 2020, S. 8,  
unter dem Titel:

"Gefahr für die Freiheit. Für das Streben nach  
Sicherheit in der Krise sind viele bereit, auf  
Freiheiten zu verzichten."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	2017: Freiheit versus Sicherheit
	A	2	2017: Was bedroht die Freiheit hier bei uns?
	A	3	2016: Hohe Toleranz sogar für verfassungsfeindliche Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung
	A	4	Schutzmaßnahmen beeinträchtigen das Alltagsleben
	A	5	Die Mehrheit hat bereits oder befürchtet Einkommenseinbußen
	A	6	Organisation der Kinderbetreuung
	A	7	Nur wenige sind in ihrem Alltag kaum betroffen
	A	8	Persönliche Kontakte fehlen
	A	9	Parteiübergreifende Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung
	A	10	Breite Zustimmung zu den Maßnahmen der Politik
	A	11	... und für die Politik von Angela Merkel
	A	12	Nicht wenige kennen einen Coronafall
		B	1
Schaubild		1	Einschränkungen im Alltag
		2	Sorgen
		3	Einschränkungen der Freiheit

**Originalmanuskript**

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Das Streben nach Sicherheit als Gefahr für die Freiheit**

Vor rund einem Jahr veröffentlichte die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ein Buch mit dem Titel „Angst essen Freiheit auf“. Man mag den Buchtitel mit seiner Anspielung auf den Fassbinder-Film „Angst essen Seele auf“ aus dem Jahr 1974 vielleicht als etwas bemüht empfinden, doch er erhellt immerhin schlaglichtartig die Grundthese des Bandes, nämlich dass die Gesellschaft in Deutschland allzu leicht bereit sei, für das Versprechen eines Zuwachses an Sicherheit auf ihre Grundrechte zu verzichten.

Tatsächlich haben die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach über Jahrzehnte hinweg immer wieder gezeigt, dass in den Augen vieler Bürger die Sicherheit einen überragend hohen Stellenwert besitzt. Meistens, wenn auch nicht immer, betrafen diese Umfragen das Thema innere Sicherheit. So wurden die Befragten beispielsweise zuletzt im September 2017 gebeten, anzugeben, was ihnen

im Zweifel wichtiger wäre, die persönliche Freiheit oder möglichst große Sicherheit, „dass man sicher leben kann und vor Verbrechen wirklich geschützt ist.“ 53 Prozent entschieden sich daraufhin für die Sicherheit, nur 34 Prozent für die Freiheit.

Tabelle A 1

Im selben Jahr wurde gefragt, welche Entwicklungen die Freiheit in Deutschland bedrohten. Dazu wurde eine Liste mit 18 Punkten zur Auswahl überreicht. Die Befragten nannten mehrheitlich eine Vielzahl von Gefährdungen: den internationalen Terrorismus, extremistische Gruppen im Inland und die Sorge, dass gegen diese nicht hart genug vorgegangen werde, zu viel Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften, die angeblich wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich und den „allgemeinen Werteverfall“. Doch dass die Freiheit bedroht sei, weil im Kampf gegen den Terrorismus die Bürgerrechte eingeschränkt würden, meinte weniger als jeder dritte Befragte, und nur jeder Sechste glaubte, dass immer strengere Sicherheitsvorkehrungen des Staates wie z. B. die Ausweitung von Videoüberwachungen eine Gefährdung der Freiheit darstellten.

Tabelle A 2

Ein knappes Jahr zuvor, im November 2016,

war ermittelt worden, welche Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung von der Bevölkerung akzeptiert werden würden. Das Ergebnis: Selbst offensichtlich verfassungswidriges Vorgehen wie der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Speicherung des genetischen Fingerabdrucks sämtlicher Bürger oder vorsorgliche Haft für Terrorverdächtige, auch wenn man ihnen keine Straftaten nachweisen kann, waren von der Mehrheit der Befragten befürwortet worden. Tabelle A 3

Auch in der aktuellen Ausnahmesituation in Deutschland zeigt sich, wie sehr die Bürger gewillt sind, zugunsten der Sicherheit auf Freiheit zu verzichten. Die aktuellen von der Bundesregierung und den Landesregierungen aus gutem Grund beschlossenen Verhaltensregeln bedeuten einen Eingriff in die Grundrechte der Bürger wie es ihn in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat. Vermutlich konnte sich noch vor wenigen Wochen kaum jemand derart massive Eingriffe in die Bewegungsfreiheit, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit der Bürger vorstellen. Die Bürger empfinden diese Einschränkungen durchaus auch als sehr schmerzhaft, wie die jüngste Umfrage des

Allensbacher Instituts im Auftrag dieser Zeitung deutlich zeigt, eine Umfrage, die übrigens ihrerseits von der Corona-Krise beeinflusst war, denn wegen der Kontaktverbote wurden die Interviews ausnahmsweise nicht mündlich-persönlich, sondern telefonisch durchgeführt.

Der Alltag der Bürger ist durch die Schutzmaßnahmen erheblich beeinträchtigt. So sagten 54 Prozent der Befragten in der aktuellen Umfrage, sie hätten wegen des Coronavirus private Feiern absagen oder umplanen müssen, 49 Prozent mussten Reisen stornieren oder verschieben. Immerhin 30 Prozent sagten, dass sie bereits jetzt Einkommenseinbußen hätten. 57 Prozent der Eltern von Kindern unter 15 Jahren berichteten, dass sie wegen der Schließung der Kindergärten und Schulen die Kinderbetreuung neu organisieren mussten, fast die Hälfte von ihnen wiederum sagte, dass dies größere Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte. Fast ein Viertel der Befragten, 24 Prozent, gaben an, dass sich ihr Alltag durch das Coronavirus sehr stark verändert habe, weitere 46 Prozent sagten, er habe sich stark verändert. Lediglich sieben Prozent meinten, ihr Leben sei durch das Virus kaum oder gar

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Tabelle A 6

Tabelle A 7



nicht anders geworden.

Vielen Bürgern fällt es auch alles andere als leicht, sich an die neuen Regeln des Zusammenlebens im Land zu gewöhnen. So sagten im April fast drei Viertel der Befragten, 73 Prozent, ihnen fehlten die persönlichen Kontakte zu anderen Menschen sehr. Und auch auf die Frage, wie sehr man verschiedene Maßnahmen des Staates als Einschränkung empfinde, nannten die Befragten an erster Stelle das Kontaktverbot, von dem 79 Prozent angeben, dass es für sie eine sehr große oder große Einschränkung sei. Mit deutlichem Abstand, aber immerhin noch von jeweils rund der Hälfte der Bevölkerung als sehr große oder große Einschränkung eingestuft, folgten die Schließung von Gaststätten, Bars und Cafés, die Schließung von Freizeiteinrichtungen und die Tatsache, dass bis vor wenigen Tagen die meisten Einzelhandelsgeschäfte geschlossen blieben.

Tabelle A 8

Schaubild 1

Die Regierungen in Bund und Ländern haben den Bürgern also ganz erhebliche Belastungen zugemutet. Die Reaktionen der Bevölkerung darauf sind aber keineswegs verärgert oder auch nur verdrossen, sondern im Gegenteil bislang eindeutig positiv: Bei der Frage „Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesre-

gierung in der Corona-Krise?“ bescheinigten 75 Prozent der Befragten der Regierung eine sehr gute oder gute Arbeit, ein Urteil, in dem sich die Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien bemerkenswert wenig unterscheiden: 90 Prozent der Anhänger von CDU und CSU sowie 81 Prozent der SPD-Anhänger sagten, die Regierung mache in der Corona-Krise eine gute Arbeit, aber auch 74 Prozent der FDP-, 83 Prozent der Grünen- und 71 Prozent der Linken-Anhänger waren in der aktuellen Umfrage derselben Ansicht. Lediglich die Anhänger der AfD zeigten sich mit nur 38 Prozent Zustimmung deutlich unzufriedener. Generell aber hat die Zufriedenheit mit dem Vorgehen der Regierung in den letzten Wochen noch zugenommen. Dies wird deutlich an den Antworten auf die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass die Politik in Deutschland angemessen auf die Gefahr durch das Coronavirus reagiert, oder nimmt die Politik Ihrer Meinung nach das Problem nicht ernst genug, oder reagiert die Politik überzogen?“ Im März hatten „nur“ 48 Prozent gesagt, dass sie das Verhalten der Politik als angemessen empfänden, im April sind es nun 71 Prozent. Die allgemeine Zustimmung zur Politik von Bundeskanzlerin Merkel ist in der gleichen

Tabelle A 9

Tabelle A 10

Tabelle A 11

Zeit von 30 auf 49 Prozent gestiegen.

So ist festzuhalten, dass eine Regierung, die den Bürgern seit Jahrzehnten unbekannte Einschränkungen im Alltag auferlegt, von diesen dafür mit wachsender Zustimmung belohnt wird. Der Grund ist offensichtlich eine weit verbreitete Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahmen, wohl auch, weil das Coronavirus für weite Teile der Bevölkerung keineswegs nur eine abstrakte Bedrohung ist: Immerhin 26 Prozent der Befragten sagten in der aktuellen Umfrage, ihnen sei persönlich jemand bekannt, der positiv auf das Coronavirus getestet worden sei, jeder Dritte davon kannte sogar mehrere positiv getestete Personen.

Tabelle A 12

Darüber hinaus ist die Furcht der Bürger vor den Folgen der Corona-Epidemie beträchtlich. So sagten in der aktuellen Umfrage 79 Prozent, sie machten sich sehr große oder große Sorgen wegen der Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft. 69 Prozent machen sich sehr große oder große Sorgen um ihre Angehörigen, und immerhin 43 Prozent, fürchteten sich davor, selbst angesteckt zu werden.

Schaubild 2

Man kann annehmen, dass diese Atmosphäre

der zumindest unterschwellig weit verbreiteten Angst wesentlich dazu beiträgt, dass die meisten Deutschen die massiven Einschränkungen ihrer Grundrechte nicht nur hinnehmen, sondern sogar begrüßen. Bei einer weiteren Frage wurden verschiedene Aussagen über die Corona-Epidemie vorgelesen, und die Befragten wurden gebeten, jeweils anzugeben, ob sie der betreffenden Aussage zustimmten. Eine davon lautete: „Man muss alles tun, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, auch wenn die Freiheit der Menschen dadurch stärker eingeschränkt wird.“ Mehr als drei Viertel, 79 Prozent der Befragten, sagten, das sähen sie auch so. Lediglich acht Prozent widersprachen. Eine andere Aussage lautete: „Ich befürchte, dass die Krise dazu führt, dass die Freiheiten der Bürger langfristig eingeschränkt werden.“ Hier stimmten nur 35 Prozent der Befragten zu, eine deutliche relative Mehrheit von 46 Prozent widersprach ausdrücklich.

Schaubild 3

Man meint, das Prinzip „Angst essen Freiheit auf“ deutlich zu erkennen: Im Angesicht der Bedrohung rückt die Bevölkerung zusammen, schart sich hinter die Regierung und ist auch bereit, erhebliche Beschränkungen ihrer Rechte in Kauf zu nehmen. Das ist eine verständliche und in der derzeitigen Situation sicherlich auch zu begrüßende Reaktion. Doch

was wird geschehen, wenn die Bedrohung weicht? Die Bürger haben gezeigt, dass sie den Entzug von Grundrechten nicht nur tolerieren, sondern ihn sogar belohnen, wenn der Anlass dafür nur furchteinflößend genug ist.

Für etwaige künftige Regierungen bildet das derzeitige Reaktionsmuster der Bevölkerung einen Präzedenzfall und eine Versuchung: Theoretisch muss man eine tatsächliche oder auch nur angenommene Gefahr nur stark genug ausmalen: eine drohende Klimakatastrophe, eine riesige Einwanderungswelle, gewaltige soziale Verwerfungen – scheint die Bedrohung groß genug, sind viele bereit, ihre Grundrechte zurückzustellen. Es wird nicht zu den geringsten Aufgaben der öffentlichen Diskussion nach dem Ende der Epidemie gehören, herauszuarbeiten, dass Bürgerrechte auch in schweren Zeiten grundsätzlich nicht verhandelbar sind, auch, wenn sie kurzfristig keinen unmittelbaren Nutzen versprechen oder gar der effektiven Bekämpfung einer großen Gefahr im Wege zu stehen scheinen.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1152
Befragungszeitraum:	28.03. - 15.04.2020
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Telefonisch

## **Anhangtabellen**

2017: Freiheit versus Sicherheit

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit  
2017 oder möglichst große Sicherheit - wenn Sie das bitte einmal lesen.  
Welcher von beiden sagt am ehesten das, was auch Sie denken?"  
(Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
"Ich finde Freiheit und möglichst große Sicherheit eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten." .....	34
"Sicher sind Freiheit und möglichst große Sicherheit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir am wichtigsten, dass man sicher leben kann und vor Verbrechen wirklich geschützt ist." .....	53
Unentschieden .....	13
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11076, September 2017



2017: Was bedroht die Freiheit hier bei uns?

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Befragte, die die Freiheit be-  
droht sehen

FRAGE: "Was sehen Sie als Gefahr für die Freiheit in Deutschland, wer oder was bedroht die Freiheit hier bei uns Ihrer Meinung nach? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."

	Befragte, die die Freiheit bedroht sehen
	%
Der internationale Terrorismus .....	83
Extremistische Gruppen im Inland .....	71
Dass man nicht hart genug gegen Extremismus und extremistische Ansichten vorgeht .....	59
Die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich .....	57
Der Islam.....	56
Zuviel Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften, also gegenüber Gruppen, die unsere Regeln und Moralvorstellungen nicht anerkennen .....	55
Das Unternehmen im Internet persönliche Daten der Bürger sammeln, speichern und weitergeben .....	54
Der allgemeine Werteverfall.....	54
Egoismus, das viele Menschen nur an sich selbst denken .....	54
Dass so viele gefälschte und irreführende Nachrichten im Umlauf sind .....	51
Dass häufig Geld und wirtschaftlicher Erfolg wichtiger sind als Werte .....	49
Die Politik der USA .....	39
<b>Dass im Kampf gegen Terrorismus die Bürgerrechte eingeschränkt werden .....</b>	<b>32</b>
Dass man oft nicht sagen kann, was man wirklich denkt .....	30
Dass die westliche Welt nicht selbstbewusst zu ihren Werten steht.....	27
Dass der Westen häufig zu zögerlich ist, sich gegen Feinde militärisch zur Wehr zu setzen .....	20
<b>Dass der Staat immer mehr Sicherheitsvorkehrungen trifft, z.B. die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen .....</b>	<b>18</b>
Dass der Staat immer stärker in die Wirtschaft eingreift .....	11
Keine Angabe .....	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11071, Mai 2017

2016: Hohe Toleranz sogar für verfassungsfeindliche Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie dafür oder dagegen sind."

"Was halten Sie davon, die Bundeswehr verstärkt im Inneren einzusetzen, zum Beispiel zum Schutz von Gebäuden oder Personen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Dafür .....	50
Dagegen .....	32
Unentschieden, keine Angabe .....	18
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11063, November 2016

---

FRAGE: "Dass man Terrorverdächtige in Sicherungshaft nehmen kann, auch wenn man ihnen keine konkreten Straftaten nachweisen kann? Sind Sie dafür oder dagegen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Dafür .....	63
Dagegen .....	14
Unentschieden, keine Angabe .....	23
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11063, November 2016

---

FRAGE: "Was halten Sie schließlich davon, von allen Bürgern einen genetischen Fingerabdruck zu speichern, damit man Verbrecher schneller identifizieren kann?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Dafür .....	45
Dagegen .....	37
Unentschieden, keine Angabe .....	18
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11059, August 2016

Schutzmaßnahmen beeinträchtigen das  
Alltagsleben

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland kann das eigene Leben ja ganz unterschiedlich beeinflussen. Ich lese Ihnen nun einmal verschiedene Möglichkeiten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie dies betrifft oder nicht." (Mehrfachangaben möglich)

"Haben Sie wegen des Coronavirus private Feiern absagen oder umplanen müssen, oder rechnen Sie damit, dass Sie das bald tun müssen, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt %
Habe absagen, anders gestalten müssen .....	54
Rechne damit .....	26
Weder noch .....	26
Unentschieden.....	1
	<hr/> 107

FRAGE: "Haben Sie wegen des Coronavirus private oder berufliche Reisen, die Sie geplant hatten, absagen bzw. verschieben müssen, oder rechnen Sie damit, dass Sie geplante Reisen bald absagen bzw. verschieben müssen, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt %
Habe absagen, verschieben müssen .....	49
Rechne damit .....	25
Weder noch .....	31
Unentschieden.....	1
	<hr/> 106

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020

Die Mehrheit hat bereits oder befürchtet Einkommenseinbußen

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Selbständige, Arbeiter,  
Angestellte oder Beamte

FRAGE: "Haben Sie wegen des Coronavirus bereits jetzt Einkommenseinbußen, oder befürchten Sie das für die Zukunft, oder befürchten Sie keine Einkommenseinbußen?"

	Selbständige, Arbeiter, Angestellte oder Beamte
	%
Habe Einkommenseinbußen .....	30
Befürchte das .....	25
Befürchte keine Einbußen .....	38
Unentschieden, schwer zu sagen.....	7
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020

Organisation der Kinderbetreuung

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Eltern von Kindern  
unter 15 Jahren

FRAGE: "Haben Sie nach der Schliessung von Kitas, Kindergärten und Schulen die Betreuung Ihrer Kinder neu organisieren müssen, oder war das nicht notwendig?"

Falls "neu organisieren":

FRAGE: "Bringt diese Neuorganisation der Kinderbetreuung für Sie große Schwierigkeiten bzw. Herausforderungen mit sich, oder geht das ohne größere Schwierigkeiten?"

	Eltern von Kindern unter 15 Jahren
	%
Neu organisieren .....	57
Große Schwierigkeiten/ Herausforderungen .....	26
Ohne größere Schwierigkeiten .....	27
Unentschieden .....	4
Nicht notwendig .....	40
Unentschieden.....	3
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020

Nur wenige sind in ihrem Alltag kaum  
betroffen

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal ganz allgemein gefragt: Was würden Sie sagen, wie stark hat  
sich Ihr Leben bzw. Ihr Alltag durch das Coronavirus verändert?  
Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt
	%
"sehr stark" .....	24
"stark" .....	46
"weniger stark" .....	22
"kaum bzw gar nicht" .....	7
Unentschieden.....	1
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020

Persönliche Kontakte fehlen

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Um die Ausbreitung des Coronavirus einzuschränken, sollen persönliche Kontakte zu anderen ja weitgehend vermieden werden. Fehlen Ihnen diese persönlichen Kontakte sehr, oder fehlen Sie Ihnen nicht so oder gar nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Kontakte fehlen sehr.....	73
Fehlen mir nicht so .....	22
Fehlen mir gar nicht.....	3
Unentschieden.....	2
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020

Parteiübergreifende Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise? Würden Sie sagen, die Bundesregierung leistet hier ..."

	Bevölk. insg. %	Wähler der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	DIE LINKE %	AfD %
"sehr gute Arbeit" .....	17	33	14	17	18	7	3
"gute Arbeit" .....	58	57	67	57	65	64	35
"weniger gute Arbeit" .....	14	7	14	18	13	14	29
"gar keine gute Arbeit" .....	3	x	x	2	1	8	13
Unentschieden .....	8	3	5	6	3	7	20
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

x = weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020



Breite Zustimmung zu den Maßnahmen  
der Politik

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie den Eindruck, dass die Politik in Deutschland angemessen auf die Gefahr durch das Coronavirus reagiert, oder nimmt die Politik Ihrer Meinung nach das Problem nicht ernst genug, oder reagiert die Politik überzogen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	März 2020	April 2020
	%	%
Angemessen .....	48	71
Nicht ernst genug .....	23	11
Überzogen .....	12	10
Unentschieden .....	17	8
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12017, 8233

FRAGE: "Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Politik von Angela Merkel einverstanden oder nicht einverstanden?"

	Bevölkerung insgesamt	
	März 2020	April 2020
	%	%
Einverstanden .....	30	49
Nicht einverstanden .....	37	24
Unentschieden, kein Urteil .....	33	27
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12017, 8233

Nicht wenige kennen einen Coronafall

Tabelle A 12  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Kennen Sie persönlich eine oder mehrere Personen, die positiv auf das Coronavirus getestet sind, oder kennen Sie niemanden?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Kenne eine Person .....	17
Kenne mehrere Personen .....	9
Kenne niemanden .....	73
Bin selbst positiv getestet .....	x
Keine Angabe .....	1
	<hr/> 100

x = weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233, April 2020

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

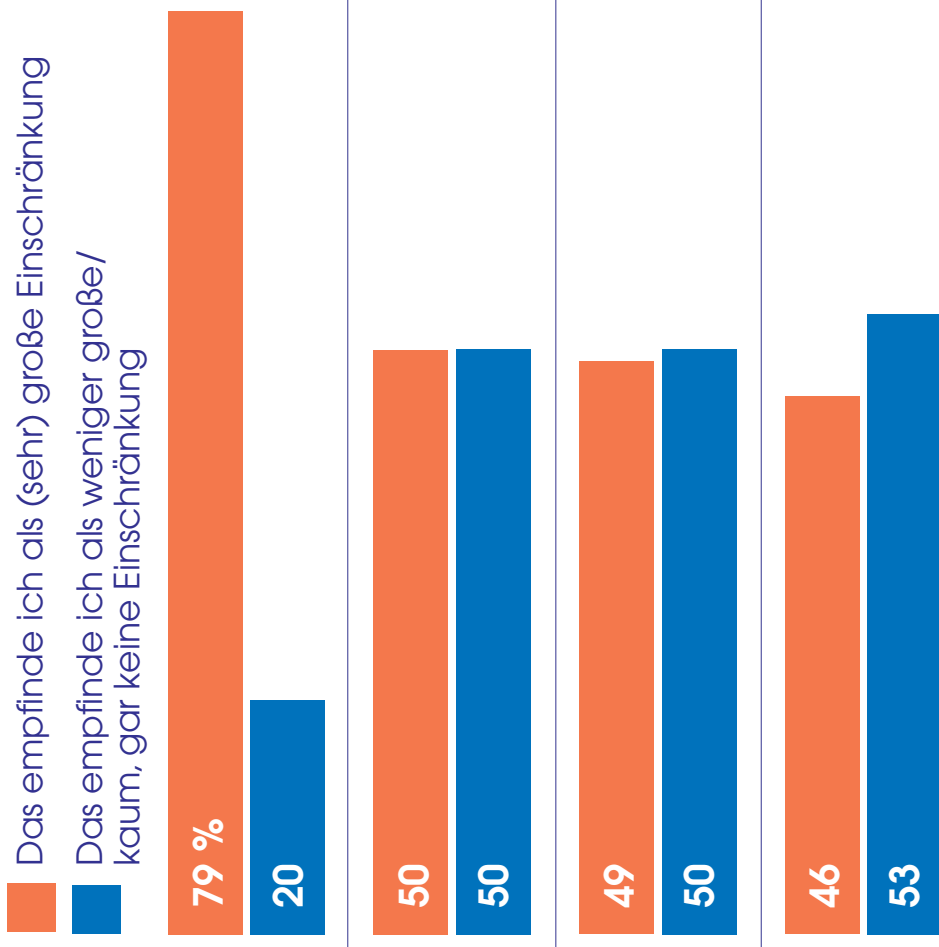
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
<b>Bundestagswahl</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
<b>Bundestagswahl</b>							
22.9.2013 .....	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017 .....	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0
1. - 13. Februar	30,0	8,0	18,0	18,5	8,0	13,5	4,0
7. - 21. März	30,0	8,5	18,0	19,0	8,5	12,0	4,0
1. - 12. April	30,0	9,0	18,5	18,0	8,0	12,5	4,0
3. - 16. Mai	30,0	9,0	17,5	17,0	8,5	13,0	5,0
1. - 12. Juni	29,0	8,0	12,0	25,0	8,0	12,0	6,0
1. - 11. Juli	29,5	7,0	14,5	23,0	8,5	11,5	6,0
2. - 15. August	29,5	7,0	13,5	24,0	8,0	12,5	5,5
1. - 12. September	29,0	7,0	15,0	22,0	8,0	14,0	5,0
27. Sept.-10. Okt.	29,5	6,5	16,0	23,5	7,0	13,0	4,5
2. - 13. November	29,5	7,5	14,0	21,5	8,0	14,5	5,0
1. - 11. Dezember	28,5	7,0	15,0	21,0	8,5	15,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0

Befragt wurden telefonisch insgesamt 1.152 Personen

## **Schaubilder**

# Einschränkungen im Alltag

Frage: "Der Staat hat ja verschiedene Maßnahmen erlassen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Darf ich für einige dieser Maßnahmen nachfragen, wieweit Sie diese als Einschränkungen empfinden?"

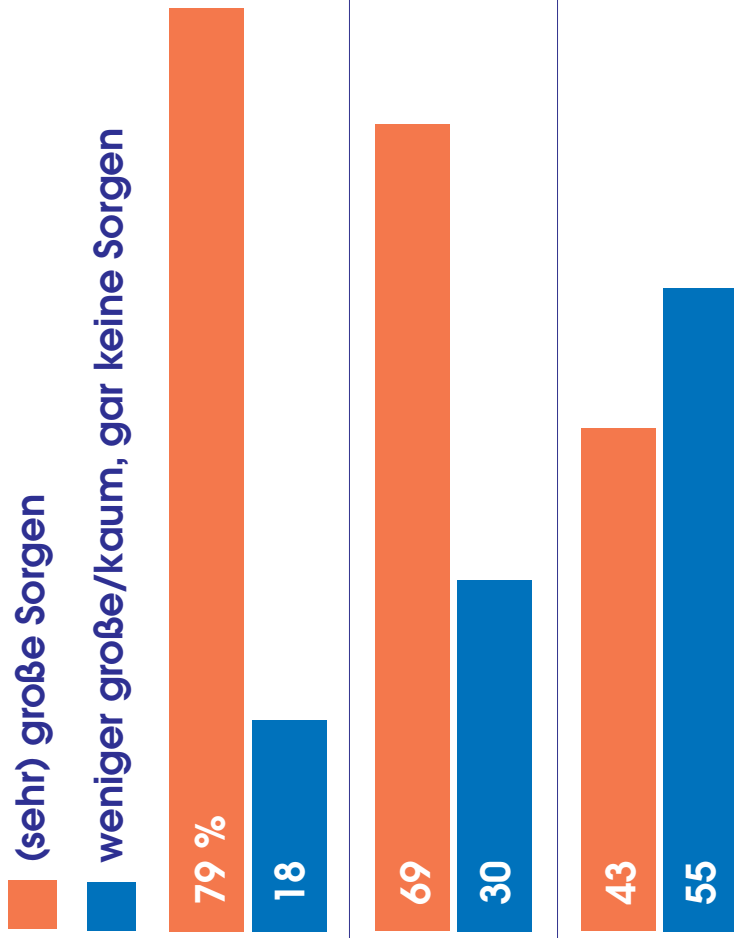


An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233

# Sorgen

## Es machen sich -



... über die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die deutsche Wirtschaft

... über das Wohlbefinden ihrer Angehörigen

... dass sie persönlich mit dem Corona-Virus infiziert werden könnten

An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

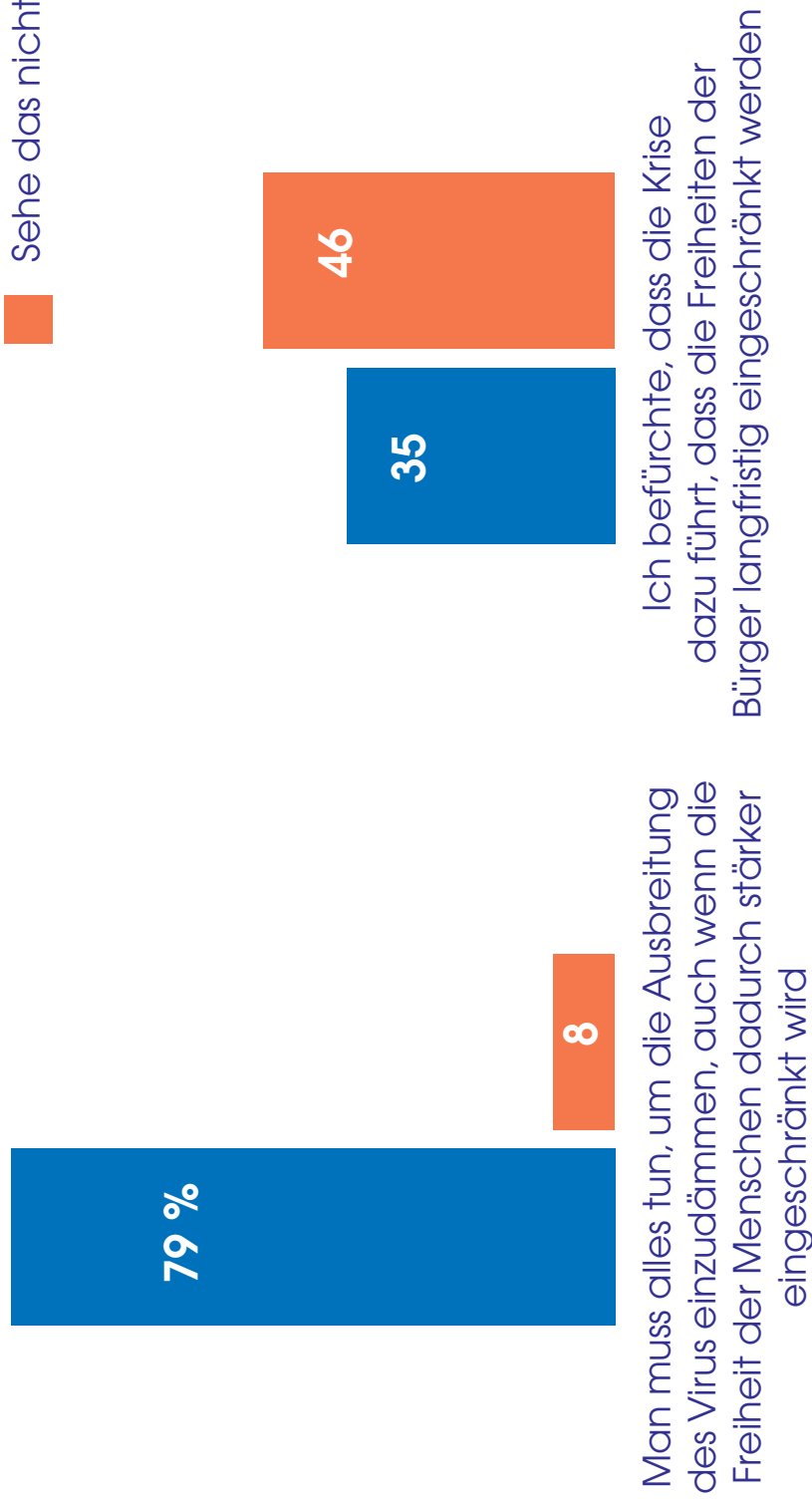
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233

# Einschränkungen der Freiheit

Frage: "Ich möchte Ihnen nun Verschiedenes vorlesen, was uns andere über die Folgen der Corona-Epidemie gesagt haben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie dies auch so sehen oder nicht so sehen?"

- Auszug aus den Angaben -

■ Sehe das auch so  
■ Sehe das nicht so



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8233



Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 96  
vom 24. April 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Gefahr für die Freiheit. Für das Streben nach  
Sicherheit in der Krise sind viele bereit, auf  
Freiheiten zu verzichten."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

## Gefahr für die Freiheit

Vor rund einem Jahr veröffentlichte die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ein Buch mit dem Titel „Angst essen Freiheit auf“. Man mag den Buchtitel mit seiner Anspielung auf den Fassbinder-Film „Angst essen Seele auf“ aus dem Jahr 1974 vielleicht als etwas bemüht empfinden, doch er erhebt immerhin schlaglichtartig die Grundthese des Bandes, nämlich dass die Gesellschaft in Deutschland allzu leicht bereit sei, für das Versprechen eines Zuwachses an Sicherheit auf ihre Grundrechte zu verzichten.

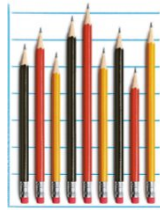
Tatsächlich haben die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach über Jahrzehnte hinweg immer wieder gezeigt, dass in den Augen vieler Bürger die Sicherheit einen überragend hohen Stellenwert besitzt. Meistens, wenn auch nicht immer, betrafen diese Umfragen das Thema innere Sicherheit. So wurden die Befragten etwa zuletzt im September 2017 gebeten, anzugeben, was ihnen im Zweifel wichtiger wäre, die persönliche Freiheit oder möglichst große Sicherheit, „dass man sicher leben kann und vor Verbrechen wirklich geschützt ist“. 53 Prozent entschieden sich daraufhin für die Sicherheit, nur 34 Prozent für die Freiheit.

Im selben Jahr wurde gefragt, welche Entwicklungen die Freiheit in Deutschland bedrohten. Dazu wurde eine Liste mit 18 Punkten zur Auswahl überreicht. Die Befragten nannten mehrheitlich eine Vielzahl von Gefährdungen: den internationalen Terrorismus, extremistische Gruppen im Inland und die Sorge, dass gegen diese nicht hart genug vorgegangen werde, zu viel Toleranz gegenüber Paralegalsellschaften, die angeblich wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich und den „allgemeinen Werteverfall“. Doch dass die Freiheit bedroht sei, weil im Kampf gegen den Terrorismus die Bürgerrechte eingeschränkt würden, meinte weniger als jeder dritte Befragte, und nur jeder sechste glaubte, dass immer strengere Sicherheitsvorkehrungen des Staates wie etwa die Ausweitung von Videoüberwachungen eine Gefährdung der Freiheit darstellten.

Ein knappes Jahr zuvor, im November 2016, war ermittelt worden, welche Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung von der Bevölkerung akzeptiert werden würden. Das Ergebnis: Selbst offensichtlich verfassungswidriges Vorgehen wie der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Speicherung des genetischen Fingerabdrucks sämtlicher Bürger oder vorsorgliche Haft für Terrorverdächtige, auch wenn man ihnen keine Straftaten nachweisen kann, waren von der Mehrheit der Befragten befürwortet worden.

Auch in der aktuellen Ausnahmesituation in Deutschland zeigt sich, wie sehr die Bürger gewillt sind, zugunsten der Sicherheit auf Freiheit zu verzichten. Die aktuellen von der Bundesregierung und den Landesregierungen aus gutem Grund beschlossenen Verhaltensregeln bedeuten einen Eingriff in die Grundrechte der Bürger, wie es ihn in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat. Vermutlich konnte sich noch vor wenigen Wochen kaum jemand derart massive Eingriffe in die Bewegungsfreiheit, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit der Bürger vorstellen. Die Bürger empfinden diese Einschränkungen durchaus auch als sehr schmerzhaft, wie die jüngste Umfrage des Allensbacher Instituts im Auftrag dieser Zeitung deutlich zeigt, eine Umfrage, die übrigens ihrerseits von der Corona-Krise beeinflusst war, denn wegen der Kontaktverbote wurden die Interviews ausnahmsweise nicht mündlich-persönlich, sondern telefonisch durchgeführt.

Der Alltag der Bürger ist durch die Schutzmaßnahmen erheblich beeinträchtigt. So sagten 54 Prozent der Befragten in der aktuellen Umfrage, sie hätten wegen des Coronavirus private Feiern absagen oder umplanen müssen, 49 Prozent mussten Reisen stornieren oder verschieben. Immerhin 30 Prozent sagten, dass sie bereits jetzt Einkommenseinbußen hätten. 57 Prozent der Eltern von Kindern



Für das Streben nach Sicherheit in der Krise sind viele bereit, auf Freiheiten zu verzichten.

Von Thomas Petersen  
Institut für Demoskopie  
Allensbach

unter 15 Jahren berichteten, dass sie wegen der Schließung der Kindergärten und Schulen die Kinderbetreuung neu organisieren mussten, fast die Hälfte von ihnen wiederum sagte, dass dies größere Schwierigkeiten mit sich gebracht habe. Fast ein Viertel der Befragten, 24 Prozent, gab an, dass sich ihr Alltag durch das Coronavirus sehr stark verändert habe, weitere 46 Prozent sagten, er habe sich stark verändert. Lediglich sieben Prozent meinten, ihr Leben sei durch das Virus kaum oder gar nicht anders geworden.

Vielen Bürgern fällt es auch alles andere als leicht, sich an die neuen Regeln des Zusammenlebens im Land zu gewöhnen. So sagten im April fast drei Viertel der Befragten, 73 Prozent, ihnen fehlten die persönlichen Kontakte zu anderen Menschen sehr. Und auch auf die Frage, wie sehr man verschiedene Maßnahmen des Staates als Einschränkung empfinde, nannten die Befragten an erster Stelle das Kontaktverbot, von dem 79 Prozent angaben, dass es für sie eine sehr große oder große Einschränkung sei. Mit deutlichem Abstand, aber immerhin noch von jeweils rund der Hälfte der Bevölkerung als sehr große oder große Einschränkung eingestuft, folgten die Schließung von Gaststät-

ten, Bars und Cafés, die Schließung von Freizeiteinrichtungen und die Tatsache, dass bis vor wenigen Tagen die meisten Einzelhandelsgeschäfte geschlossen blieben.

Die Regierungen in Bund und Ländern haben den Bürgern also ganz erhebliche Belastungen zugemutet. Die Reaktionen der Bevölkerung darauf sind aber keineswegs verärgert oder auch nur verdrossen, sondern im Gegenteil bislang eindeutig positiv: Bei der Frage „Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise?“ bescheinigten 75 Prozent der Befragten der Regierung eine sehr gute oder gute Arbeit, ein Urteil, in dem sich die Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien bemerkenswert wenig unterscheiden: 90 Prozent der Anhänger von CDU und CSU sowie 81 Prozent der SPD-Anhänger sagten, die Regierung mache in der Corona-Krise eine gute Arbeit, aber auch 74 Prozent der FDP-, 84 Prozent der Grünen- und 71 Prozent der Linken-Anhänger waren in der aktuellen Umfrage derselben Ansicht. Lediglich die Anhänger der AfD zeigten sich mit nur 38 Prozent Zustimmung deutlich unzufriedener. Generell aber hat die Zufriedenheit mit dem Vorgehen der Regierung in den vergangenen Wochen noch zugenommen. Dies wird deutlich an den

Antworten auf die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass die Politik in Deutschland angemessen auf die Gefahr durch das Coronavirus reagiert, oder nimmt die Politik Ihrer Meinung nach das Problem nicht ernst genug, oder reagiert die Politik überzogen?“ Im März hatten „nur“ 48 Prozent gesagt, dass sie das Verhalten der Politik als angemessen empfänden, im April sind es nun 71 Prozent. Die allgemeine Zustimmung zur Politik von Bundeskanzlerin Merkel ist in derselben Zeit von 30 auf 49 Prozent gestiegen.

So ist festzuhalten, dass eine Regierung, die den Bürgern seit Jahrzehnten unbekannte Einschränkungen im Alltag auferlegt, von diesen dafür mit wachsender Zustimmung belohnt wird. Der Grund ist offensichtlich eine weitverbreitete Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahmen, wohl auch, weil das Coronavirus für weite Teile der Bevölkerung keineswegs nur eine abstrakte Bedrohung ist: Immerhin 26 Prozent der Befragten sagten in der aktuellen Umfrage, ihnen sei persönlich jemand bekannt, der positiv auf das Coronavirus getestet worden sei, jeder Dritte davon kannte sogar mehrere positiv getestete Personen.

Darüber hinaus ist die Furcht der Bürger vor den Folgen der Corona-Epidemie beträchtlich. So sagten in der aktuellen Umfrage 79 Prozent, sie machten sich sehr große oder große Sorgen wegen der Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft. 69 Prozent machen sich sehr große oder große Sorgen um ihre Angehörigen, und immerhin 43 Prozent fürchteten sich davor, selbst angesteckt zu werden.

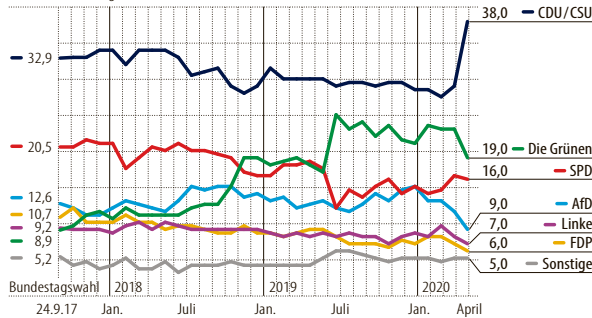
Man kann annehmen, dass diese Atmosphäre der zumindest unterschwellig weitverbreiteten Angst wesentlich dazu beiträgt, dass die meisten Deutschen die massiven Einschränkungen ihrer Grundrechte nicht nur hinnehmen, sondern sogar begrüßen. Bei einer weiteren Frage wurden verschiedene Aussagen über die Corona-Epidemie vorgelesen, und die Befragten wurden gebeten, jeweils anzugeben, ob sie der betreffenden Aussage zustimmten. Eine davon lautete: „Man muss alles tun, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, auch wenn die Freiheit der Menschen dadurch stärker eingeschränkt wird.“ Mehr als drei Viertel, 79 Prozent der Befragten, sagten, das sähen sie auch so. Lediglich acht Prozent widersprachen. Eine andere Aussage lautete: „Ich befürchte, dass die Krise dazu führt, dass die Freiheiten der Bürger langfristig eingeschränkt werden.“ Hier stimmten nur 35 Prozent der Befragten zu, eine deutliche relative Mehrheit von 46 Prozent widersprach ausdrücklich.

Man meint, das Prinzip „Angst essen Freiheit auf“ deutlich zu erkennen: Im Angesicht der Bedrohung rückt die Bevölkerung zusammen, scharf sich hinter die Regierung und ist auch bereit, erhebliche Beschränkungen ihrer Rechte in Kauf zu nehmen. Das ist eine verständliche und in der derzeitigen Situation sicherlich auch zu begrüßende Reaktion. Doch was wird geschehen, wenn die Bedrohung weicht? Die Bürger haben gezeigt, dass sie den Entzug von Grundrechten nicht nur tolerieren, sondern ihn sogar belohnen, wenn der Anlass dafür nur furchtflößend genug ist.

Für etwaige künftige Regierungen bildet das derzeitige Reaktionsmuster der Bevölkerung einen Präzedenzfall und eine Versuchung: Theoretisch muss man eine tatsächliche oder auch nur angenommene Gefahr nur stark genug ausmalen: eine drohende Klimakatastrophe, eine riesige Einwanderungswelle, gewaltige soziale Verwerfungen – scheint die Bedrohung groß genug, sind viele bereit, ihre Grundrechte zurückzustellen. Es wird nicht zu den geringsten Aufgaben der öffentlichen Diskussion nach dem Ende der Epidemie gehören, herauszuarbeiten, dass Bürgerrechte auch in schweren Zeiten grundsätzlich nicht verhandelbar sind, auch wenn sie kurzfristig keinen unmittelbaren Nutzen versprechen oder gar der effektiven Bekämpfung einer großen Gefahr im Wege zu stehen scheinen.

### Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



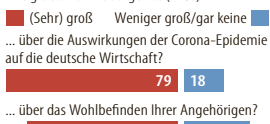
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 1. bis 15. April, 1152 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

### Einschränkungen durch die Corona-Pandemie

Inwieweit sehen Sie die folgenden Maßnahmen als Einschränkungen? (in %)



Wie groß sind Ihre Sorgen ... (in %)



Wie sehen Sie folgende Aussagen? (in %)



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden.

Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter